

Beschluss

Verantwortung übernehmen – BAföG-Bearbeitung in Thüringen sicherstellen und soziale Notlagen verhindern

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Bearbeitungszeiten für BAföG-Anträge im Freistaat Thüringen sind untragbar
2 lang und haben sich trotz personeller Aufstockungen und Digitalisierung kaum
3 verbessert - eine Situation, die sich auch negativ auf die Attraktivität des
4 Studienstandortes Thüringen auswirkt. Studierende müssen zu lange auf dringend
5 benötigte Förderzahlungen warten, was nicht nur zu massiven finanziellen
6 Notlagen führt, sondern auch ganz konkret den Studienerfolg und damit die
7 Zukunft junger Menschen gefährdet.
- 8 Eine Ursache für die langen Bearbeitungszeiten liegt an der Verlegung des
9 Standortes der Internationalen Hochschule (IU) nach Thüringen. Dadurch stiegen
10 die Antragszahlen rapide nach oben, die Kapazitäten des Studierendenwerkes sind
11 mehr als ausgeschöpft und die Bearbeitung aller Anträge verzögert sich deutlich.
12 Zahlreiche Studierende sehen sich deshalb gezwungen, ihr Studium abzubrechen
13 oder zusätzliche Schulden aufzunehmen.
- 14 Vor diesem Hintergrund fordern die Jusos Thüringen die SPD-Landtagsfraktion und
15 die Landesregierung Thüringen in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk
16 Thüringen auf,
- 17 • das Amt für Ausbildungsförderung beim Studierendenwerk Thüringen personell
18 und finanziell so auszustatten, dass die Anträge trotz massiv steigender
19 Antragszahlen und zunehmender Komplexität zeitnah, kompetent und
20 fehlerfrei bearbeitet werden können. Die Digitalisierung der
21 Antragsverfahren muss weiter konsequent ausgebaut werden, um die
22 Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Rückfragen zu vermeiden.
 - 23 • durch geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen den bestehenden
24 Rückstau unbearbeiteter BAföG-Anträge wirksam abzubauen und damit eine
25 zügige sowie verlässliche Bearbeitung zukünftiger Anträge sicherzustellen.
 - 26 • das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK) zu
27 beauftragen, die Forderungen der im Landtag eingereichten Petition „BAföG
28 oder Abbruch“ mit über 5.500 Unterzeichnenden aufzugreifen, zu
29 unterstützen und nachhaltig umzusetzen. Diese fordert unter anderem
30 verbindliche Bearbeitungsfristen von maximal vier Wochen ab Beginn des
31 Bewilligungszeitraums, um existenzielle Abstürze und Studienabbrüche zu
32 verhindern.

- sich auf Bundesebene mit Nachdruck für eine grundlegende Reform des BAföG-Systems hin zu einem elternunabhängigen BAföG einzusetzen. Solange müssen die bürokratischen Hürden abgebaut, soziale Ungleichheiten vermindert und der Zugang sowie Wartezeiten auf finanzielle Unterstützung erleichtert bzw. verkürzt werden.
- kurzfristig eine Sofortmaßnahme als Übergangslösung für die Betroffenen und zur temporären Entlastung des Systems, einzuführen:
Wenn nach sechs Wochen ab vollständig eingereichten Antrag eine grundsätzlich BAföG-berechtigte Person noch keinen Bescheid erhalten hat, sind unverzüglich vorläufige Zahlungen in Höhe des jeweiligen BAföG-Höchstsatzes auszuführen. Nach abschließender Entscheidung und Berechnung soll der Förderbetrag auf die richtige Summe angepasst werden; zu viel gezahlte Mittel müssen die Betroffenen dabei nicht zurückzahlen. Die normalen BAföG-Rückzahlungsmodalitäten nach Beendigung des Studiums bleiben unverändert.
- endlich Verantwortung zu übernehmen, statt Zuständigkeiten zwischen Studierendenwerk, Landesregierung und Bundesbehörden hin und her zu schieben oder tatenlos zuzusehen. Die aktuellen Verzögerungen verursachen existenzielle Krisen und widersprechen dem hohen Anspruch auf chancengerechte Bildung.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.